

A1-035: Aufbruch wagen!

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36:

94 Abgeordnete sind über die Liste und über Direktmandate der sogenannten „Alternative für Deutschland“ ~~sitzen nun im Bundestag~~ in den Bundestag eingezogen. Darunter finden sich Leute, die universelle Menschenrechte,

Begründung

Auch wenn Personen, wie beispielsweise Frauke Petry, aus der AfD (Fraktion) austreten, so ist ihre Meinung dennoch genauso vergiftet, wie das der übrigen Fraktionsmitglieder

A5-515: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Daniela Ehlers

Antragstext

In Zeile 473 einfügen:

endlich beendet. Auch für die Regierungsämter fordern wir eine Mindestquote von 50%. Das gilt sowohl für Minister*innen als auch für Staatssekretär*innen.

A5-451: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia
Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul
Meyer-Dunker (beschlossen am:
13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 409:

Für uns ist klar: Die AfD ~~darf~~ und ihre Positionen dürfen sich auch nicht indirekt am
Kabinetttisch ~~sitzen~~ wiederfinden !

A5-465: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia
Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul
Meyer-Dunker (beschlossen am:
13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 423:

Statt den ~~Rechtspopulisten~~ Rechtspopulist*innen

A5-471: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker (beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

Von Zeile 429 bis 432:

und Jugendgruppen bundesweit finanziell noch besser zu fördern. ~~Dazu gehört es auch,~~ indem die Förderung des Bundes für die ~~Träger~~ Träger*innen der Präventions- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus ~~zu verstetigen~~ verfestigt und ~~ihre Strukturen langfristig abzusichern~~ institutionalisiert wird. Durch diese Maßnahmen wollen wir den Träger*innen Planungssicherheit garantieren. Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus muss in das bundesweite

A5-501: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 459:

Der Familiennachzug muss vollständig gewährt und darf unter keinen Umständen ~~weiter~~ eingeschränkt werden!

A5-512: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 470:

Grüner Beteiligung - das ~~Ehegattensplitting~~Ehegatt*innensplitting

A5-533: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 491 einfügen:

Medienkompetenz, gerade für Erwachsene, ausgebaut werden.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz muss reformiert und der Wirklichkeit im Netz angepasst werden.

A5-540: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 498:

Die ~~HartzIV-Sanktionen~~sogenannten "Hartz IV-Sanktionen"

A5-543: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

Von Zeile 501 bis 504:

~~Damit junge Menschen sich ihr Leben auch während Studium und Ausbildung leisten können, fordern wir die Einführung eines elternunabhängigen BaFöGs und einer Mindestausbildungsvergütung, einhergehend mit der dringend notwendigen Novelle des BBiG.~~

Wir fordern die Bundesregierung auf, erste Schritte hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) einzuleiten, z. B. ein elternunabhängiges BaFöG und eine Mindestausbildungsvergütung, einhergehend mit der notwendigen Novelle des BBiG (Berufsbildungsgesetz), damit junge Menschen sich ihr Leben auch während Studium und Ausbildung leisten können.

A5-567: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 525 einfügen:

Statt auf Aufrüstung, setzen wir auf [Abrüstung.](#)

A5-572: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 530:

bereitzustellen und auf Subventionen, die lokale Märkte im ~~globalen Süden~~sog. "globalen Süden"

A5-531: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

In Zeile 489:

und Verbreitung von ~~Kundendaten~~Kund*innendaten

A5-462: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: GJ Berlin-Ost (Daniela Ehlers, Antonia Grüner, Hivanu Ince, Ian Stephan, Paul Meyer-Dunker), Julian von Bülow
(beschlossen am: 13.10.2017)

Antragstext

Von Zeile 420 bis 421:

enthalten, werden wir uns als GRÜNE JUGEND ~~zu der daraus gebildeten Regierung~~ entschlossen ~~in Opposition stehen~~ gegen diesen Koalitionsvertrag stellen.

A5-540-2: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 498 einfügen:

Die Höhe des Arbeitslosengelds 2 (HartzIV) muss an die Realität angepasst werden. So sind beispielsweise für die Ernährung ~150€ pro Monat vorgesehen, dies ist für eine gesunde Ernährung, insbesondere wenn diese Bio sein soll nicht ausreichend.

Die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe darf nicht länger zu Lasten der Kommunen gehen. Gerade ärmere Kommunen wie Duisburg, Oberhausen etc. können sich, da sie die Kosten für Arbeitslose tragen müssen, kaum noch Angebote wie auch für HartzIV Empfänger*innen bezahlbare Schwimmbäder, die Unterhaltung von Bibliotheken leisten oder eine ausreichende Finanzierung von Kultur- und Sportangeboten leisten. Diese Einrichtungen sind aber für die Teilhabe an einer sozialen Gesellschaft unablässig.

A5-546: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 504 einfügen:

des BBiG.

Studiengebühren, egal ob sie nur für bestimmte Gruppen, wie in Baden-Württemberg und NRW, gelten oder für alle, müssen über ein höheres BaFöG abgefangen werden, oder von der Bundesregierung verhindert werden. Dafür soll es auch einen Zugang zu BaFöG für Menschen geben, die "nur" zum studieren nach Deutschland gekommen sind.

A5-488: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 446 einfügen:

finanzielle Anreize setzen.

Eine Wärmewende, weg von fossilen Energieträgern, hin zu erneuerbaren Energieträgern, wie Geo- und Solarthermie, hin zu Nah- und Fernwärmenetzen, welche mit Erneuerbaren Energien arbeiten, ist für das Ende des fossilen Zeitalters genauso notwendig. Dafür braucht es ausreichend Fördermöglichkeiten, um diese Lösungen zum Standard zu machen, der in möglichst vielen Häusern verbaut wird.

A5-482: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 440 einfügen:

Energien, um die Klimakatastrophe zu stoppen. Dabei ist für uns klar, dass es keine Konkurrenz zwischen Nahrungsproduktion und Energieproduktion geben darf. Deshalb soll bei Biomasse darauf geachtet werden, dass Abfälle und nicht Energiepflanzen genutzt werden.

A5-545: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 503 einfügen:

Mindestausbildungsvergütung, welche jährlich zumindest an die Inflation angepasst werden.

A5-501-2: Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten

Antragsteller*innen: Niki Krupka

Antragstext

In Zeile 459 einfügen:

Der Familiennachzug darf unter keinen Umständen weiter eingeschränkt werden!

Zulässigkeitsverfahren, die feststellen sollen, ob die Asylsuchende in der EU überhaupt einen Asylantrag stellen darf, lehnen wir genauso wie andere Bestrebungen das Asylrecht aufzulösen klar ab und fordern gegen EU-Verordnungen die die Auflösung des Asylrechts zum Ziel haben ein klares deutsches Veto.

AP1-710: Arbeitsprogramm 2018: Aufbruch wagen - Perspektiven schaffen!

Antragsteller*innen: Sebastian Hansen

Antragstext

In Zeile 674 einfügen:

Pressearbeitworkshops für Ortsgruppensprecher*innen organisieren. Ebenfalls möchten wir die Social-Media-Arbeit insbesondere in den Ortsgruppen stärken. Zu diesem Zweck möchten wir einen Leitfaden für gute Social-Media-Arbeit - auch abseits von Facebook - entwickeln, eigene Konzepte entwickeln und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Seminare anbieten, die die Aktiven in den Ortsgruppen im Umgang mit Social-Media schulen.

Begründung

Neben der Pressearbeit sollten wir auch die Social-Media-Arbeit in den Basisgruppen stärken.

V4-094: Einführung von Social-Media Koordinator*innen (nicht zugelassen)

Antragsteller*innen: Luca Köpping

Titel

Ändern in:

Einführung von Social-Media Koordinator*innen

Antragstext

Von Zeile 825 bis 826:

die Social-Media Präsenz der Grünen Jugend und leiten und Gestalten die Internetseiten des Bundesverbandes. Das Amt soll von 4 Mitglied*innen besetzt

V4-091: Einführung von Social-Media Koordinator*innen (nicht zugelassen)

Antragsteller*innen: Luca Köpping

Titel

Ändern in:

Einführung von Social-Media Koordinator*innen

Antragstext

Von Zeile 822 bis 823:

~~Sehr viele Jugendliche sind heutzutage auf Instagram, Twitter, Snapchat usw. unterwegs. Um neue Junge Menschen in die GJ zu holen.~~
In der Kommunikation und Außenwirkung der GRÜNEN JUGEND spielen soziale Medien zunehmend eine zentrale Rolle. Alle Landesverbände und die meisten Ortsgruppen verfügen bereits über derartige Kanäle. Um diese Kanäle besser zu bündeln und unseren Auftritt in sozialen Medien bundesweit koordinierter zu gestalten

Begründung

Es präzisiert die Aufgabe etwas und zeigt auf, dass Social Media für uns mehr als nur Werbung darstellt.

V5-567: Nein zu jedem Antisemitismus!

Antragsteller*innen: Dora Streibl

Antragstext

Von Zeile 828 bis 831:

Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall – Jüdinnen*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine weiterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind in-quer durch alle Teile der ~~Bevölkerung immer noch weit verbreitet.~~ Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der

Jüdinnen*Juden, sondern geht uns alle an.

Begründung

Antisemitismus ist schon kompliziert genug, deshalb eine etwas zugänglichere Einleitung sowie Ergänzungen mit Blick auf die Perspektive der Betroffenen. Außerdem ist AS als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betonen.

V5-570: Nein zu jedem Antisemitismus!

Antragsteller*innen: Dora Streibl

Antragstext

Von Zeile 831 bis 838:

Der zweite Unabhängige Expert*innenkreis Antisemitismus (UEA) des Bundestages veröffentlichte im April seinen Bericht und beschrieb darin realpolitische Handlungsaufträge, die es umzusetzen gilt. Auch wenn die Bundesregierung im September mit der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA nun immerhin eine ausformulierte Vorstellung davon hat, wogegen überhaupt gekämpft werden soll, reicht das noch lange nicht aus.

~~Bisher gab es in der Bundesregierung keine Stelle, die sich explizit mit der Bekämpfung von Antisemitismus beschäftigt. Daher fordern wir die Schaffung eines oder einer Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, die Verstetigung einer unabhängigen Expert*innenkommission gegen Antisemitismus und die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention verbessert werden.~~

Daher schließen wir uns dem UEA an und fordern die Schaffung eines* einer Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, die Verstetigung eines unabhängigen Expert*innenkreises und die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Ebenso nötig ist eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.

Begründung

Es sollte klar sein, woher die Forderungen kommen, die wir stellen.

Außerdem ergänzte ich die Forderung einer konsequenten Erfassung abseits der PMK und fügte Projekte zur Unterstützung Betroffener hinzu. Damit sind dann alle Forderungen des UEA angesprochen.

V5-579: Nein zu jedem Antisemitismus!

Antragsteller*innen: Dora Streibl

Antragstext

Nach Zeile 840 einfügen:

Es gilt sich insbesondere nach dem Einzug der AfD zu positionieren: Jede Form des Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden!

Begründung

Die AfD als antisemitische Partei gilt es ebenso zu bekämpfen, wie Antisemitismus in den eigenen Reihen. Der Satz soll eine Art Hinführung zum zweiten Teil des Antrags sein.

V5-580: Nein zu jedem Antisemitismus!

Antragsteller*innen: Dora Streibl

Antragstext

In Zeile 841:

Die ~~So~~ **treibt auch die** Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) ~~treibt~~ **im ganzen**

Begründung

Formale Anpassung an den Änderungsantrag zum Absatz davor. Die beiden ÄA sind als Paket zu verstehen.

V14-040: Aufbruch wagen – Die Grünen brauchen frischen Wind

Antragsteller*innen: Malte Krüger

Antragstext

Von Zeile 1980 bis 1982 löschen:

4. ~~Über die mögliche Beteiligung an einer möglichen Regierung und den dazu notwendigen Verhandlungen, größtmögliche Transparenz in den Prozessen zu wahren.~~

V14-019: Aufbruch wagen – Die Grünen brauchen frischen Wind

Antragsteller*innen: Malte Krüger

Antragstext

Von Zeile 1959 bis 1963 löschen:

~~Sollte es in den kommenden Wochen zu einer Regierungsbeteiligung von Bündnis90/Die Grünen kommen, muss es eine größtmögliche Transparenz bei den Gesprächen über eine Koalition geben und die Mitglieder müssen über das Vorgehen der Koalitionsgespräche transparent informiert werden. Wir fordern diese Transparenz ein!~~

V14-033: Aufbruch wagen – Die Grünen brauchen frischen Wind

Antragsteller*innen: Johannes Brink

Antragstext

In Zeile 1973 löschen:

2. und damit auch jungen ~~progressiven~~-Menschen eine stärkere Stimme zu

Begründung

Die beschränkung auf progressive junge Menschen halte ich nicht für Zielführend. Außerhalb politischem kontextes ist mir der Begriff generell noch nicht begegnet. Als selbstbezeichnung schon gar nicht. ich erkenne keinen Grund was dagegen sprechen soll jungen Menschen generell eine Stimme verleihen zu wollen.

Änderungsantrag zu V14: Aufbruch wagen – Die Grünen brauchen frischen Wind

Antragsteller*innen: Jad Lukas Khayat-Noucco

Antragstext

Von Zeile 1975 bis 1978 einfügen:

3. Sich entschieden gegen die AfD (eine rechtsextreme, in Teilen antisemitische und fremdenfeindliche Partei) und ihre Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen einzusetzen und jegliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen abzulehnen. Dazu gehört auch die Ablehnung von Einladungen der AfD (eine rechtsextreme, in Teilen antisemitische und fremdenfeindliche Partei) zu jeglichen Veranstaltungen der AfD (eine rechtsextreme, in Teilen antisemitische und fremdenfeindliche Partei) Bundestagsfraktion und

Von Zeile 1983 bis 1984:

5. In den kommenden Jahren, die Grüne Jugend und junge Grüne auf Bundes- Landes- und LandesebeneKommunalerebene noch stärker bei politischer Bildungsarbeit zu unterstützen.

V14-051: Aufbruch wagen – Die Grünen brauchen frischen Wind

Antragsteller*innen: Sebastian Weise

Antragstext

In Zeile 1964:

Die Gesellschaftlichen Spannungen, die sich in den letzten Jahren ~~sich~~-aufgebaut

Begründung

redaktionelle Änderung